



2

Hannes Rockenbach, Stadtrat (Parteiloses Bündnis SÖS),
Kandidat bei der Wahl zum Oberbürgermeister

Nach-Denk-Zettel Nr.

Stuttgart 21 verhindern – die Zukunft gestalten!

„Kritisch begleiten“ ist nicht genug

Nordflügel abgerissen, Südflügel abgerissen, Bäume gefällt – die Bahn lässt Fakten sprechen. Auch die Politik meint, mit der Volksabstimmung unumkehrbare Tatsachen geschaffen zu haben: Der Bau von Stuttgart 21 sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung legitimiert.

Was tun in dieser Situation? Aufhören zu denken, aufhören zu handeln, politisch untätig sein?

Aber was, wenn die 47 Prozent Stuttgarter, die S21 ablehnen, mit ihren Befürchtungen Recht haben und die Fakten dies bestätigen?

Was, wenn es stimmt, was MP Kretschmann am 16.08.2010 auf der Montagsdemo sagte: „Wir stehen hier auf dem Platz, wo die Verantwortlichen für Stuttgart 21 rücksichtslos versuchen, Fakten zu schaffen. Mit Baggern und Abrissbirne soll in den nächsten Monaten ein Milliardengrab geschaufelt und Stuttgart 21 unumkehrbar gemacht werden. Wir kämpfen erbittert dagegen ... weil dieses Projekt eine Reichweite von mindestens 20 Jahren haben wird und in ganz dramatischer Weise die Verkehrspolitik, die Finanzen und die Politik insgesamt in eine falsche Richtung lenken wird.“

Kann der neue Stuttgarter Oberbürgermeister diese falsche Richtung „kritisch begleiten“? Kann er sich damit zufrieden geben, nur noch an Symptomen herumzulaborieren? Ich bin überzeugt: Ein Unheil muss man abwenden, man kann es nicht „kritisch begleiten“, denn das wäre eine Unterwerfung unter die Interessen der Bahn, der Banken und Immobilienhaie. Dies kann keine Stuttgart 21-Gegnerin, kein Gegner mit seiner Stimme legitimieren. Wofür haben wir sonst mehr als ein Jahrzehnt gekämpft?

Unheil abwenden – Unrecht anprangern

Als Boris Palmer als Schlussfolgerung aus der Volksabstimmung am 23.05.2012 in der taz schrieb: „Stuttgart 21 bleibt ein Fehler, aber den müssen wir jetzt machen“, antwortete ihm ein Stuttgarter treffend: „Wenn bekannte Fehlentscheidungen in einer Demokratie auf Gedeih und Verderb ‘durchgestanden’ werden MÜSSTEN, dann wäre diese Staatsform das Dümme, was wir uns antun können – und es gibt genügend Beispiele in der Geschichte, wo Fehlentscheidungen

eben doch nicht durchgezogen wurden, weil ein paar beherzte Demokraten sich massiv dagegen stemmten.“

Politische Eliten, die die Bevölkerung ruhig stellen und ihr das Denken verbieten wollen, die ihr couragiertes Handeln gar gewalttätig unterdrücken, wie wir es am Schwarzen Donnerstag erlebt haben, verspielen das größte Potenzial der Demokratie – das Wissen und die Tatkraft ihrer Bürger! Sie vergeben sich damit die Chance, immer wieder dazu zu lernen, Fehlentscheidungen zu hinterfragen und wenn nötig zu revidieren. Deshalb müssen alle Vorgänge um den 30.09.2010 als Teil der Stadt- und Landesgeschichte von einer unabhängigen Arbeitsgruppe aufgearbeitet und die Urrechtsurteile gegen Stuttgart 21-Gegner rückgängig gemacht werden.

Das Ergebnis der Volksabstimmung darf nicht dazu führen, dass der OB sich wegduckt und es bei einer „kritischen Begleitung“ bewenden lässt! Ich kenne die Tricksereien von Bahn und Politik nur zu gut und werde mich dieser Allianz nicht unterwerfen!

Das Versprechen für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung ...

Seit 1994 – da war ich vierzehn – beschäftige ich mich mit Stuttgart 21. Mein Interesse galt damals vor allem den tollen städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten, die uns Bürgern versprochen wurden.

Ich war folglich entsetzt, als der Gemeinderat 1995 mit seiner Zustimmung zur Rahmenvereinbarung zu Stuttgart 21 der Bahn AG Versprechungen auf Grundstückserlöse machte, die eine soziale und ökologische Nutzung der frei werdenden Gleisflächen ausschloss. Als Jugendrat im Stuttgarter Osten habe ich mich 1995 gegen diese Vorfestlegung gewehrt und Unterschriften gesammelt für mehr Mitentscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Aber der damalige OB Rommel ließ unseren Bürgerantrag 1996 mit Verweis auf die bereits geschlossenen Verträge geschickt ins Leere laufen.

Trotzdem habe ich mich 1997 mit Begeisterung in die Bürgerbeteiligung zu S21 gestürzt. Für mich ist es bis heute ein prägendes Erlebnis, wie ganz ohne Parteischranken Visionen für eine zukünftige Stadt entstanden. Es war dann wieder



der Gemeinderat, der unsere Ideen vom Tisch wischte, indem er den Rahmenplan für S21 beschloss. Das A1-Gebiet direkt hinter dem Bahnhof mit seelenlosen Bank- und ECE-Bauten ist bis heute Zeuge dieser verfehlten Politik einer systematischen Ausgrenzung der Bürger.

... wird nicht eingelöst

Durch mein Architektur- und Stadtplanungs-Studium habe ich begriffen, warum Stuttgart 21 ein Desaster für meine Heimatstadt ist. Statt sich um die Entwicklung der Gesamtstadt zu kümmern und bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart für alle 600 000 Einwohner zu schaffen, wurde alles auf ein einziges Projekt gesetzt. Ein Projekt, das klimarelevante Gleis- und Freiflächen versiegelt und noch mehr Autoverkehr in die Stadt ziehen wird. Ein Projekt, das eine unnötige Konkurrenz zur heutigen City schafft und gleichzeitig durch die hohen Grundstückskosten weder sozialen noch ökologischen Nutzen bringt.



Als ich 2004 Stadtrat für das parteifreie Bündnis SÖS wurde, erlebte ich live, wie überall in der Stadt gesperrt werden musste, für Stuttgart 21 aber Millionen drauf gingen. Und ich habe auch das Demokratieverständnis der Gemeinderatsmehrheit kennengelernt, die verhinderte, dass in Stuttgart abgestimmt wird – obwohl wir 67.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt hatten.

Neben katastrophalen städtebaulichen Folgen hat dieses Schienen-Rückbauprojekt auch verheerende verkehrstechnische Konsequenzen: es wird für alle Zukunft ein unterirdisches Nadelöhr in Beton gegossen. Es ist ja mittlerweile bewiesen, dass Stuttgart 21 weniger leistet als der heutige Kopfbahnhof, geschweige denn ein modernisierter Kopfbahnhof. Ein intelligenter Bahnhof zeichnet sich sowohl durch die Anzahl der durchgeschleusten Züge, als auch durch die pünktliche, komfortable, sichere und behindertenfreundliche Vernetzung des öffentlichen Verkehrs aus. All das kann der

heutige Bahnhof viel besser als der geplante Tunnelbahnhof. Diese für Stuttgart und das ganze Land wichtigen Argumente spielten bei der landesweiten Volksabstimmung keine Rolle.

Nach der Volksabstimmung: Wir sind noch nicht am Ende der Geschichte

Am 27.11.2011 ist das Ausstiegsgesetz bei der Volksabstimmung gescheitert. Für die Kündigung des Landesanteils von ca. 930 Mio. Euro gab es keine Mehrheit in Baden-Württemberg. Aber diese Abstimmung hat zentrale demokratische Regeln missachtet!

Erste Regel: Es muss über Alternativen abgestimmt werden und Chancengleichheit für die Darstellung aller Optionen bestehen.

Wir konnten nicht über die Alternativen K21 oder S21 abstimmen. Die transparente Darstellung der Alternative Kopfbahnhof 21 wurde geradezu verhindert. Der manipulativen



„alternativlos“-Argumentation der Bahn AG hielt die Landesregierung nichts entgegen. Der Wahlkampf war eine Meinungsmanipulation mit Hilfe der Medien, gegen die die Bürgerbewegung nicht ankam.

Zweite Regel: Der Sachverhalt muss transparent sein. Zum Abstimmungszeitpunkt waren nicht bekannt: die wirklichen Kosten von S21, die Ergebnisse des Stresstestes für den Kopfbahnhof, offizielle Kapazitätsberechnungen für den modernisierten Kopfbahnhof, die Auswirkungen auf den Nah- und Regionalverkehr u.v.a.m..

Inzwischen haben 12 033 Bürgerinnen und Bürger die Stuttgarter Erklärung zur Fortsetzung des Widerstandes gegen Stuttgart 21 unterschrieben.

Unter www.stuttgarter-erklaerung.de findet man auch die wichtigsten Argumente gegen Stuttgart 21.



Alte und neue Tatsachen bestätigen: Stuttgart 21 darf nicht gebaut werden!

1. Eine gescheiterte Abstimmung auf Landesebene hat für unsere Kommune und ihren OB keinerlei Rechtswirkung und kann die Stadt nicht daran hindern, ihr im Grundgesetz durch Art. 28 Abs. 2 GG geschütztes Selbstverwaltungsrecht weiter wahrzunehmen. Allein ein Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene kann den Gemeinderat in seiner Entscheidung binden. Dieser Bürgerentscheid wurde den Bürgerinnen und Bürgern Stuttgarts bis heute verwehrt.

2. Seit der Volksabstimmung haben sich neue Tatsachen ergeben, die die Entscheidungsgrundlage der Volksabstimmung tief erschüttern:

> Stuttgart 21 ist bis heute nicht fertig geplant. Wichtige Planfeststellungs-Abschnitte auf den Fildern und in Unter-
türkheim fehlen, bereits festgestellte Pläne ändern sich mo-

um die sogenannte Risikostufe 3 abzusichern. Schuster versprach immer einen Bürgerentscheid für den Fall, dass neue haushaltsrelevante Beschlüsse nötig würden.

Am 11. Juli 2012 erfuhren die Stadträte aus der Zeitung, dass 108 Millionen zusätzlich für die sogenannte Risikovorsorge rückgestellt werden sollen. In den letzten Haushaltberatungen fehlte das Geld um die Schulsanierung und den Kitausbau, wie gewünscht, zu finanzieren. Für S21 sitzen jetzt die Millionen locker – und das natürlich ohne Bürgerentscheid.

> Stuttgart 21 ist ein Schienen-Rückbauprojekt. Eine Woche vor der Volksabstimmung bestätigte das Verkehrsministerium, dass der heutige Bahnhof bereits 50 Züge in der Spitzenstunde schafft, mit leichten Nachbesserungen sogar 56 Züge (<http://www.mvi.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/104632/>). Diese Sensation wirkte sich nicht auf die Volksabstimmung aus, weil die Medien sie nicht aufgriffen. Hinzu kommen die erst Anfang 2012 aufgedeckten Manipulationsvorwürfe beim Stresstest und die Personenstromanalyse:



natlich wie z. B. beim Grundwassermanagement. Wer für die Mehrkosten durch das neue Planfeststellungsverfahren beim Grundwassermanagement und die daraus resultierende Verzögerung bis 2014 aufkommen soll, ist völlig offen. Durch die Planungs- und Rechtsunsicherheit des gesamten Projektes kann bis heute niemand seriös abschätzen, was S21 leisten kann, was es kostet und wann das Projekt tatsächlich fertig sein wird. Diese Unwägbarkeiten haben für Stuttgarts Stadtentwicklungen gravierende Folgen.

> Stuttgart 21 ist nicht finanziert. Im Lenkungskreis vom 23.03.2012 musste die Bahn AG erneut die Kosten für Stuttgart 21 auf 4,4 Mrd. nach oben korrigieren und das zu einem Zeitpunkt, bei dem erst die Hälfte der Aufträge vergeben ist, und nur ein Teil davon zu Festpreisen.

> Föll und Schuster erhöhen eigenmächtig den Anteil der Stadt. Bisher fehlten allein im Stadthaushalt 53 Mio. Euro,

Die Leistung des Tiefbahnhofes wurde schön gerechnet. Und damit ist klar, dass die benötigte Planrechtfertigung für die noch ausstehenden Planfeststellungen nicht mehr haltbar ist. Nahezu jede Woche kommen neue Fakten über einschneidende Planungsfehler an die Öffentlichkeit:

- Der Brandschutz in den Tunnels ist nicht abgesichert,
- die Post will ihre Grundstücke im Park nicht verkaufen,
- das Grundwassermanagement ist nicht genehmigt,
- für den Filderbereich herrscht ein Planungschaos.

Es zeigt sich, dass die Menschen, die bei der Volksabstimmung mit „Nein“ stimmten, mit betrügerischen Argumenten hereingelegt wurden. Logischerweise wächst die Zahl derer, die sich erneut betrogen fühlen.

Ein Baudenkmal, das die Identität unserer Stadt prägt, ein Meisterwerk der Ingenieurskunst, soll dem Profit geopfert werden. Das kann immer noch verhindert werden.



Stuttgart gewinnt durch den Ausstieg und durch Kopfbahnhof 21

Der Ausstieg aus Stuttgart 21 schadet Stuttgart nicht, sondern er wäre ein gutes Geschäft für die Stadt: Nicht nur, dass die Stadt zukünftige Ausgaben einspart – mit dem Ausstieg aus S21 werden auch ca. 170 Mio. Euro Rücklagen frei und der Steuerzahler erhält durch die Rückabwicklung der Grundstücksgeschäfte 600 bis 700 Mio. Euro zurück! Zusammen macht das gut 800 Mio. Euro.

Der Ausstieg aus S21 setzt also Gelder frei, die die Entschuldung der Stadt und viele notwendige Investitionen in Erziehung, Bildung, Kultur und Soziales ermöglichen.

Wenn Boris Palmer in Kenntnis all dieser Fakten sagt: „Stuttgart 21 bleibt ein Fehler, aber den müssen wir jetzt machen“, und das mit einer angeblichen Rechtsverbindlichkeit der Volksabstimmung begründet, so muss ich einer solchen



Rechtsauffassung nach dem Motto „Angeordnet – Augen zu und durch“ energisch widersprechen.

Ich bin mir sicher: Wenn alle Stuttgarter die Möglichkeit bekommen, sich über die Vorteile des Ausstiegs und über die kürzlich bekannt gewordenen Fakten zu informieren, lehnen sie dieses Projekt ab. Der neue Oberbürgermeister muss den Stuttgartern reinen Wein einschenken und zugeben, dass Stuttgart 21 nicht im öffentlichen Interesse ist. Sonst steht er am Ende da wie der Kaiser in seinen „neuen“ Kleidern: nackt – und die Bürgerinnen und Bürger lachen ihn aus, weil sie die Wahrheit längst kennen.

Der Fortschritt für unsere Stadt besteht im modernisierten Kopfbahnhof, dem Modell K21. Dafür muss sich der neue OB einsetzen, denn er ist dem Wohl der Stuttgarterinnen und Stuttgarter verpflichtet und nicht dem von Bahn, Banken und Profiteuren. Dafür werde ich mich als Oberbürgermeister mit aller Kraft einsetzen!

Turner verhindern reicht nicht!

Viele S21-Gegner und von der Landesregierung Enttäuschte wollen nicht zur Wahl gehen, auf keinen Fall Grün oder Rot wählen, oder aus Protest ungültig wählen. Dadurch würde Turners Anteil an den abgegebenen Stimmen wachsen. Je mehr S21-Gegner zu Wahl gehen, desto geringer ist diese Gefahr. Je höher Hannes Rockenbauchs Anteil, desto sicherer ist: Turner kommt im ersten Wahlgang nicht durch. Aber Turner verhindern reicht nicht, wir brauchen einen OB, der gegen Stuttgart 21 und insgesamt für einen Politikwechsel steht. Dafür kandidiert Hannes Rockenbauch.

Spenden Sie für die Wahlkampagne von Hannes Rockenbauch!

Von Null auf 40.000 Euro – mit Ihrer Hilfe.

Wir haben die Wahlkampagne mit einem Kontostand von 0 Euro begonnen, in der Hoffnung auf Ihre Unterstützung. Unser Wahlkampfteam arbeitet ehrenamtlich, wir planen einen sparsamen Wahlkampf. Wir haben keine Sponsoren, wir setzen auf Ihre Spendenbereitschaft.

Diese Art von Förderung der politischen Meinungsbildung auf kommunaler Ebene ist zu 50 Prozent von der Einkommenssteuer abziehbar, d.h.: pro Person kann man bis zu 1.650 Euro spenden und 825 Euro von der Steuer zurückbekommen.

SÖS-Spendenkonto für unsere Wahlkampagne:

KTO: 68 998 702 · BLZ: 430 609 67 · GLS Bank

Stichwort: Hannes Rockenbauch

Oder online über die Homepage:

www.rockenbauch.de

Juli 2012

Bildnachweis:
Yvonne Seidel
Josh von Staudach
Martin Storz
Manfred Grohe
Prof. Roland Ostertag/pro eleven
Thomas Iglar

Vi.S.d.P.: Hannes Rockenbauch · Reinsburgstraße 109 a · 70197 Stuttgart

Hannes Rockenbauch denkt nach über die Zukunft unserer Stadt und bittet Sie um Ihre Meinung und Vorschläge.

Schreiben Sie an: info@meinobkandidat.de

Weitere Nach-Denk-Zettel auf www.rockenbauch.de